



Niederschrift 43. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen

Sitzungstermin: Mittwoch, 20.02.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 18:55 Uhr
Ort, Raum: R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Frau Birgit Müller	DIE LINKE
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD
Herr Horst Heinzl	CDU/ANW
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP

zusätzliches Mitglied

Herr Dr. Nicolas Bauer	DIE aNDERE	ab 17:45 Uhr
------------------------	------------	--------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Peter Schultheiß	Potsdamer Demokraten
-----------------------	-------------------------

sachkundige Einwohner

Frau Annina Beck	DIE aNDERE
Herr Thomas Hintze	DIE LINKE
Herr Christian Rindfleisch	Bürgerbündnis-FDP
Herr Dr. Reinhard Stark	Seniorenbeirat
Frau Sabine Tischendorf	SPD
Frau Dr. Annett Ullrich	Potsdamer Demokraten
Frau Ariane Wargowske	CDU/ANW

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner	Bürgermeister, Beigeordneter GB 1
---------------------	--------------------------------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Pete Heuer	SPD	entschuldigt
-----------------	-----	--------------

zusätzliches Mitglied

Herr Dennis Hohloch	AfD	entschuldigt
---------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Evelin Krämer	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Chaled-Uwe Said	Fraktion AfD	entschuldigt
Frau Liane Woellner	SPD	nicht entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Susanne Gromoll GB Finanzen, Investitionen und Controlling

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften der
öffentlichen Teile der Sitzungen vom 28. November 2018, vom 19. Dezember
2018 und vom 23. Januar 2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Beteiligung und Informationen der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung
Vorlage: 19/SVV/0020
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

- 4.2 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern
Vorlage: 18/SVV/0743
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- 4.3 Honorare an der Städtischen Musikschule
Vorlage: 18/SVV/0993
Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

- 4.4 Kostenloser Eintritt Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte
Vorlage: 19/SVV/0100
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und
Sport

- 4.5 Bürger entlasten, Städte und Gemeinden unterstützen/
Zukunft des kommunalen Straßenausbaus sicherstellen
Vorlage: 19/SVV/0049
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
- 4.6 Weiterführende Vorbereitung einer Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden
Vorlage: 19/SVV/0023
Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Mitteilungen der Verwaltung

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Heinzel begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 43. Öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften der öffentlichen Teile der Sitzungen vom 28. November 2018, vom 19. Dezember 2018 und vom 23. Januar 2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 Mitglieder des Ausschusses für Finanzen anwesend.

In der Besprechung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 28. November 2018 und 19. Dezember 2018 macht Frau Müller darauf aufmerksam, dass in beiden Fällen die Anwesenheit überprüft werden soll. Vorbehaltlich der Prüfung und der gegebenenfalls Überarbeitung der Anwesenheit werden beide Niederschriften gemeinsam zur Abstimmung gestellt. Die Niederschriften vom 28. November und 19. Dezember 2018 werden mehrheitlich bestätigt (Zustimmung: 6, Ablehnung: 0, Enthaltung: 1).

Die Niederschrift vom 16. Januar 2019 liegt noch nicht vor. Frau Beck merkt an, dass die Niederschriften zu spät vorgelegt werden, besser wäre eine zeitnahe Bestätigung durch die Ausschussmitglieder.

Herr Heinzel bespricht die vorliegende Tagesordnung:

Aus der Fraktion DIE aNDERE besteht die Bitte zur Beantwortung der Frage „Wie

kamen die Änderungen im Wirtschaftsplan des KIS, in Bezug auf Abriss und Neubau und nicht Sanierung von Haus 2 auf dem Stadtverwaltungsgelände, zustande?“, diese wird durch die Verwaltung im Tagesordnungspunkt 5 Mitteilungen der Verwaltung vorgenommen.

Herr Exner schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 3 Informationen zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam, von der Tagesordnung zu nehmen, da am Anfang eines Jahres keine expliziten Informationen zur Haushaltslage vorliegen.

Die so geänderte Tagesordnung wird durch Herrn Heinzl zur Abstimmung gestellt und einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Der Tagesordnungspunkt wird nicht behandelt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Beteiligung und Informationen der Fraktionen während der Haushaltsaufstellung

Vorlage: 19/SVV/0020

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Herr Heinzl eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Rindfleisch das Wort. Dieser bringt die Vorlage ein. Er unterstreicht die Notwendigkeit des Antrages mit der besseren Aufgabenwahrnehmung der Ausschussmitglieder gegenüber ihren Fraktionen. Die Ausschussmitglieder sollen so in die Lage gebracht werden ein gutes Bild über die bestehende Haushaltslage und der zukünftigen Vorausschau zu bekommen. So könne eine bessere Berechenbarkeit und Transparenz von Anträgen und deren Realisierbarkeit sichergestellt werden.

Herr Exner führt aus, dass die unterjährige Berichterstattung auf die geforderte Transparenz bringen soll. Im letzten Jahr wurde der Bericht zweimal erstellt und im Ausschuss für Finanzen vorgestellt. Dieses wird auch in Zukunft weiterverfolgt. Der nächste Bericht soll per 30.04.2019 erfolgen.

Frau Strobel ergänzt, dass zwei Pfade genutzt werden um die Landeshauptstadt Potsdam in diesem Punkt neu aufzustellen. Zum einen werden die Berichte zum Haushaltsvollzug ab 2020 quartalsbezogen erstellt und veröffentlicht, um genau den geforderten Ansätzen zur Umsetzung des Haushaltsvollzuges gerecht zu werden. Der zweite Pfad ist die Ausgestaltung der verabschiedeten strategischen Steuerung.

Herr Baron von der Osten gen. Sacken legt dar, dass man sich einig sei, dass die Berichterstattung in die richtige Richtung geht. Zusätzlich sind weitere Aspekte in den Antrag eingeflossen, um die Handlungsspielräume für die Stadtverordnetenversammlung zu erweitern.

Herr Rindfleisch erläutert die einzelnen Anstriche des Antrages und dessen bisherige Darstellung in den Berichten bzw. die zusätzlich geforderten Informationen. Er stellt dar, dass es um die Stärkung der Prüfmöglichkeiten durch die Abgeordneten geht. Die Realisierung der geforderten Punkte hält er für möglich.

Herr Dr. Wegewitz macht darauf aufmerksam, dass die angesprochenen Themen Haushaltsaufstellung und Haushaltsvollzug im Antrag gemischt seien. Der Antragsbetreff daher irreführend sei. Weiterhin sagt er, dass ein Beschluss des Antrages kontraproduktiv zu dem sei, was sich bereits aktuell in Umsetzung befindet und für 2020 weiter angestrebt wird. Herr Heinzel unterstützt die Aussage und kommentiert, dass der Vortrag von Frau Strobel während der letzten Ausschusssitzung einen guten Eindruck vermittelt habe, dass man auf dem Weg ist.

Herr Exner bietet Herrn Rindfleisch und der Fraktion an, die Einzelheiten der gewünschten Erweiterungen anhand des nächsten Berichtes direkt zu besprechen. Eine sofortige quartalsbezogene Vorlage der Berichte ist aktuell nicht möglich. Aus den genannten Argumenten plädiert er für die Ablehnung des Antrages oder für die Erklärung „durch Verwaltungshandeln erledigt“.

Herr Hintze versteht nicht, warum es ein Problem darstellt die geforderten Zahlen zu nennen. Aktuell ist eine umfangreiche Prüfung durch den Ausschuss für Finanzen nicht möglich. Jedes Ausschussmittglied sollte aber in die Lage versetzt werden eine aktuelle Haushaltsaufstellung zu haben.

Herr Schüler findet es eine Selbstverständlichkeit, dass alle informiert sein wollen. Er macht den Vorschlag den Antrag im Einstiegstext wie folgt zu ändern: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die unterjährige Berichterstattung an den dem** Finanzausschuss ~~einmal im Quartal in Form eines tabellarischen Berichts über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten und den Bericht zu übergeben~~ **weiterzuentwickeln.**

Dabei ist insbesondere zu berichten über: [...].

Herr Baron von der Osten gen. Sacken betont, dass Vorwürfe an die Verwaltung auch nicht zielführend seien. Es sollte gemeinschaftliches Einvernehmen erzielt werden. Der Vorschlag von Herrn Schüler zum Änderungsantrag wird von der Fraktion übernommen. Grundsätzlich möchte er von dem Antrag nicht abweichen und fordert daher eine Abstimmung über den nun vorliegenden Änderungsantrag.

Herr Kaminski bittet im Protokoll festzuhalten, dass es eine Abweichung von

Antragstitel und dem eigentlichen Antragstext gibt. Mit der vorgeschlagenen Änderung könnte er mitgehen.

Herr Exner macht den Vorschlag den Antrag weiter zu ändern. Anstelle von „insbesondere“ soll „perspektivisch berichten“ eingefügt werden. Weiterhin stimmt er Herrn Baron von der Osten gen. Sacken zu, dass ein gemeinschaftliches Ergebnis im Fokus stehen solle. Nicht der Ausschuss für Finanzen behandelt alleine die Anträge, auch die anderen Ausschüsse sind in der Verantwortung.

Herr Baron von der Osten gen. Sacken erwidert, dass die Form der Berichte durch die Verwaltung geprägt werden, was inhaltlich dargestellt wird. Er kann sich ebenso nicht erinnern, dass bisherige Berichte schon einmal abgelehnt worden sind.

Herr Dr. Wegewitz merkt an, dass der Änderungsantrag von Herrn Exner „Dabei ist perspektivisch zu berichten“ heißen sollte.

Herr Dr. Bauer regt an, die Präsentation zur Haushaltslage den Ausschussmitgliedern bereits einen Tag vor der Sitzung des Ausschusses für Finanzen zur Verfügung zu stellen. So könnte eine bessere Nachvollziehbarkeit hergestellt werden.

Herr Heinzel führt aus, es kommt auch darauf an, wie sehr man sich mit den Berichten befasse. Der Weg bisher per Informationsweitergabe empfindet er als gut und sollte weiterentwickelt beschritten werden.

Da es keine weiteren Wortbeiträge gibt, lässt Herr Heinzel zunächst über den Änderungsantrag von Herrn Exner abstimmen. Dieser wird mehrheitlich angenommen (Zustimmung: 5, Ablehnung: 1, Enthaltung: 1). Somit stellt Herr Heinzel den Änderungsantrag von Herrn Schüler, der vom Antragsteller übernommen wurde, mit der Ergänzung von Herrn Exner, zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage in geänderter Fassung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, **die unterjährige Berichterstattung an den dem Finanzausschuss einmal im Quartal in Form eines tabellarischen Berichts über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten und den Bericht zu übergeben weiterzuentwickeln.**

Dabei ist insbesondere **perspektivisch** zu berichten über:

- Entwicklung der wichtigsten Erträge(Schlüsselzuweisungen, Gewerbesteuer, Grundsteuer, Umsatzanteile, EKSt- Anteile)
- Entwicklung(Ergebnis, riskante Produkte, Investitionsmaßnahmen, Stand des Aufgabenvollzuges, Abweichungsanalyse) der Organisationseinheiten , für die Monatsberichte gemäß Richtlinie Berichtswesen erstellt werden(Budgetanteil am Gesamtbudget der Verwaltung hoch, Finanzbedarf durch äußere Einflüsse stark beeinflusst, Aufgaben entscheidend zur Sicherung der allgemeinen Finanzierung des Haushaltes beiträgt, Budget eine Plan/Prognose Abweichung von 10% bzw.200.000 Euro ausweist)

- Stand der liquiden Mittel
- Stand der tatsächlichen Kreditverbindlichkeiten der LHP und gesondert des KIS
- Stand (Abarbeitung) der übertragenen Ermächtigungen (§24 KomHKV) sowohl investiv als auch laufend
- Vorläufige ungeprüfte Zahlen des Vorjahres: Ergebnis,- und Finanzhaushalt (Vorlage in der letzten Sitzung des Finanzausschusses im 4. Quartal)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Fläche für soziokulturelle Nutzung sichern

Vorlage: 18/SVV/0743

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Heinzl eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Schüler das Wort. Herr Schüler stellt die Frage in den Raum, warum der Antrag überhaupt an den Ausschuss für Finanzen überwiesen wurde. Er stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wegen Unzuständigkeit. Frau Aubel fügt ein, dass es mittlerweile eine bilaterale Lösung zwischen den Vertragspartnern gebe. Herr Heinzl lässt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Nichtbefassung wegen Unzuständigkeit abstimmen. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen hat sich selbst für nicht zuständig erklärt.

zu 4.3 Honorare an der Städtischen Musikschule

Vorlage: 18/SVV/0993

Einreicher: Fraktionen SPD, CDU/ANW

Herr Heinzl eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Schultheiß das Wort. Dieser bringt die Vorlage ein. Er führt aus, dass in einer Rückblende festgestellt wurde, dass im Zusammenhang mit dem Beschluss zur neuen Honorarordnung der Dozenten der Volkshochschule es folgerichtig ist, die Dozenten der städtischen Musikschule an die angehobenen Honorare der Dozenten der Volkshochschule anzugleichen. Frau Aubel verweist auf den unveränderten Beschluss des Prüfantrages durch den Kulturausschuss.

Herr Dr. Stark fragt nach, warum das Kreuz bei finanzielle Auswirkungen im Antrag fehlt. Herr Schultheiß antwortet, dass es sich hierbei um einen Prüfauftrag handle, der erst einmal keine Kosten verursacht.

Herr Heinzl stellt den Antrag zur Abstimmung. Dieser wird einstimmig angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die

Vorlage zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob und ggf. wie die Honorare der Dozierenden an der städtischen Musikschule Potsdam an die Honorare der Volkshochschule angeglichen werden können und ggf. für den nächsten Haushaltsentwurf einen entsprechenden Vorschlag zur Finanzierung vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4.4 Kostenloser Eintritt Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte
Vorlage: 19/SVV/0100**

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Frau Aubel das Wort. Frau Aubel stellt dar, dass diese Mitteilungsvorlage auf einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung beruht. Das Rechnungsprüfungsamt hat den Hinweis gegeben, dass das Vorhaben eine Änderung der Entgeltordnung des Potsdam Museums nach sich ziehen muss. Zunächst soll die Probephase ausgedehnt werden, um die tatsächlichen fiskalischen Auswirkungen abschätzen zu können.

Es gibt keine Fragen aus dem Gremium. Die Vorlage wird somit zur Kenntnis genommen. Herr Heinzel schließt den Tagesordnungspunkt.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 05.12.2018 beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass ab 2019 der Eintritt in die Dauerausstellung des Museums kostenlos ist.

Es ist zu prüfen, ob notwendige Gelder zur Kompensation der Eintrittsgelder und der notwendigen Mittel für Personal aus wachsenden Steuereinnahmen möglich sind. (18/SVV/0683).

Die Voraussetzung für die Umsetzung dieses Beschlusses wäre der Ausgleich der zusätzlich entstehenden Aufwendungen und des Einnahmeverlustes, welche dem Potsdam Museum durch einen kostenlosen Eintritt entstehen.

Der kostenfreie Eintritt hat einen Einnahmeverlust von geschätzt 17.500 € jährlich zur Folge. Weiterhin werden durch voraussichtlich steigende Besucherzahlen Mehrausgaben in Höhe von 52.000 € für zusätzliches Personal in der Aufsicht erforderlich.

Im Hinblick auf die Prüfung, ob eine Kompensation des Mehrbedarfes aus Steuereinnahmen möglich wäre, ergibt sich folgende Sachlage:

Ausgehend von der derzeitigen Konjunkturlage und der anhaltenden Entwicklung ist anzunehmen, dass Mehrerträge bei den Steuereinnahmen auch in 2019 erwirtschaftet werden. Diese Einnahmen müssen jedoch erst zur Verfügung stehen, bevor sie als Ausgleich herangezogen werden können. Im Ergebnis der Prüfung wird festgestellt, dass eine Deckung der Mehrkosten aus Steuererträgen hier nicht möglich ist.

In Budgetverantwortung wurde durch den Fachbereich Kultur und Museum bzw. den Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport geprüft, ob eine Deckung des zusätzlichen Bedarfes aus eigenen Mitteln möglich wäre. Im Ergebnis ist dies ebenfalls nicht möglich.

Das Potsdam Museum – Forum für Kunst und Geschichte wird zeitnah eine Beschlussvorlage zur Änderung der Entgeltordnung in die Stadtverordnetenversammlung einbringen.

Die Sicherstellung der Mehraufwendungen erfolgt im Rahmen der Haushaltsdurchführung im Rahmen des Gesamtbudgets bzw. üpl. Aufwendungen. Im Folgenden werden die finanziellen Auswirkungen für die Folgejahre im Rahmen der Haushaltsplanung 2020 / 21 angemeldet und stehen unter Haushaltsvorbehalt.

Ende 2019 sind die Effekte des kostenlosen Eintritts in die Ständige Ausstellung des Potsdam Museums zu evaluieren und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu bringen.

zu 4.5 Bürger entlasten, Städte und Gemeinden unterstützen/ Zukunft des kommunalen Straßenausbaus sicherstellen

Vorlage: 19/SVV/0049

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und bringt die Vorlage für die Fraktion CDU /ANW ein. In dem Zuge führt er aus, dass sich die Landesregierung dem Thema angenommen hat.

Herr Exner berichtet von der gemeinsamen Sitzung mit der Landesregierung „Kabinett vor Ort“ am 19. Februar 2019. Das Thema Straßenausbaubeiträge wurde dort besprochen. Die Landesregierung hat die feste Absicht vor der Sommerpause 2019 eine Gesetzesänderung herbeizuführen. Daher ist der erste Satz des vorliegenden Antrages obsolet. Die Anwendung des Konnexitätsprinzips muss bei der Gesetzesänderung sichergestellt werden und damit ernst genommen werden.

Herr Schüler hegt ein gewisses Bedauern, dass die Landesregierung

gewissermaßen schon beschlossen hat, einige Bürger zu entlasten, auf Schultern von allen Bürgerinnen und Bürgern. Eine dauerhaft gute Haushaltslage wird es nicht geben.

Herr Schultheiß stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Schluss der Debatte und auf Feststellung, dass die Vorlage durch Verwaltungshandeln erledigt sei. Herr Heinzel bringt als Gegenrede das Argument, dass sich das Verwaltungshandeln hierbei auf die Landesregierung bezieht und somit ein solcher Beschluss schwer möglich sei.

Herr Heinzel stellt den Antrag von Herrn Schultheiß zur Abstimmung. Dieser wird mehrheitlich angenommen.

Der Ausschuss für Finanzen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage durch Verwaltungshandeln für erledigt zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Oberbürgermeister, die Landesregierung Brandenburg aufzufordern, das Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg dahingehend zu ändern, dass die Beitragspflicht im kommunalen Straßenausbau abgeschafft wird.

Die Sicherstellung des kommunalen Straßenausbaus auf hohem Niveau ist von wesentlicher Bedeutung für eine zukunftsfeste Straßeninfrastruktur in der gesamten Fläche des Landes und benötigt daher auch weiterhin erhebliche Investitionen. Die bisher von den Anwohnern erhobenen Beiträge sollen daher durch einen angemessenen und dem Konnexitätsprinzip folgenden finanziellen Ausgleich des Landes an die Brandenburger Kommunen ersetzt werden. Dem Hauptausschuss und dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ist bis Mai 2019 zu berichten

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4.6 Weiterführende Vorbereitung einer Straßenbahnverlängerung in den Potsdamer Norden

Vorlage: 19/SVV/0023

Einreicher: Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt Herrn Niehoff das Wort. Herr Niehoff bringt die Vorlage für die Verwaltung ein. Der Beschluss soll dazu dienen auch weiterhin eine Handlungsgrundlage vorliegen zu haben. Im Jahr 2020 soll in das Planfeststellungsverfahren eingestiegen werden.

Herr Dr. Wegewitz fragt nach den Kosten der Planung. Herr Niehoff antwortet, dass es bei Planungskosten eine große Varianz gibt. Derzeit ist eine detaillierte Kostendarstellung nicht möglich. Sollte sich im Laufe des Verfahrens herausstellen, dass die Gesamtkosten nicht durch den Sanierungsträger getragen werden können, erfolgt ein neuer

Beschlussvorschlag für die Stadtverordnetenversammlung.

Herr Schüler möchte von Herrn Niehoff wissen, was mit der Beschlussvorlage wirklich gemeint ist. Herr Niehoff entgegnet, dass der Beschluss zu weiterführenden Vorbereitung einer Straßenbahnverlängerung benötigt wird, um das Gesamtverfahren weiter voranzutreiben.

Herr Schultheiß stellt fest, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr der entscheidende fachliche Ausschuss ist. Der Ausschuss für Finanzen hat die Aufgabe zu wissen, welche Kosten für den städtischen Haushalt mit einem Vorhaben verbunden sind, auch wenn das Vorhaben erst einmal über den Verkehr in Potsdam betreut wird.

Herr Exner führt aus, dass eine Berücksichtigung im Nachtragshaushalt 2019 erfolgen wird.

Herr Heinzel merkt an, dass ein Antrag vorliegt, der eine Weiterführung der Planungen beinhaltet. Zukünftig muss eine transparente und nachvollziehbare Begründung vorliegen.

Frau Müller verweist darauf, dass die Drucksache Bestandteil der Konsensliste der Stadtverordnetenversammlung vom 30.01.2019 war.

Herr Baron von der Osten gen. Sacken stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Rednerliste und des zu Kenntnis Nehmens des Ausschusses für Finanzen, auf Grund der Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr und den Ortsbeiräten Fahrland und Neu Fahrland.

Herr Heinzel lässt über den Geschäftsordnungsantrag von Herrn Baron von der Osten gen. Sacken abstimmen. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Somit wird die Drucksache durch den Ausschuss für Finanzen zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss für Finanzen nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	0

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Heinzel eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet Herr Dr. Bauer noch einmal seine Frage zu formulieren, die er von der Verwaltung beantwortet haben möchte. „Wie kamen die Änderungen im Wirtschaftsplan des KIS, in Bezug auf Abriss und Neubau und nicht Sanierung von Haus 2 auf dem Stadtverwaltungsgelände, zustande?“

Herr Exner erörtert, dass das Haus 2 auf dem Verwaltungsgelände absolut

sanierungsbedürftig ist. Hierzu zeigt er beispielhaft Fotos von den Fluren des Hauses 2. Zusätzlich soll eine Erhöhung der Arbeitsplätze auf bis zu 800 Arbeitsplätzen, erfolgen. Erste Absprachen sind mit der Kommunalaufsicht geführt worden. Weiterhin führt er aus, dass in allen Investitionsplänen gleiche Zahlen benannt worden sind. Die Summe von 35 Millionen Euro ist ebenfalls kommuniziert worden. Herr Exner bietet Herrn Dr. Bauer an, das Thema im KIS Werksausschuss noch einmal ausführlich aufzugreifen.

Herr Dr. Bauer entgegnet mit dem Hinweis, dass bisher von 32 Millionen Euro gesprochen wurde und nun von 35 Millionen Euro berichtet wird. Er möchte wissen, ob woanders Geld wegenommen wird, um die 3 Millionen investieren zu können.

Herr Exner betont, dass niemanden etwas weggenommen wird. Aus den Unterlagen wird deutlich, dass sich der Kreditbetrag entsprechend in 2022 erhöhen wird. Ein Beschluss zum Abriss des Hauses liegt bislang nicht vor. Eine Beschlussfassung ist für 2022 avisiert.

Herr Heinzl merkt an, dass Untersuchungen ergeben haben, dass eine Sanierung sich nicht rechnen würde gegenüber einem Neubau und Abriss. Weitere Fragen können bilateral zwischen Fraktion DIE aNDERE und der Verwaltung erfolgen. Somit schließt Herr Heinzl den Tagesordnungspunkt.